

# „Kein Konflikt wird militärisch gelöst“

Herr Pastor Brahms, seit gut neun Jahren sind Sie Friedensbeauftragter der EKD. War 2017 ein besonders schlimmes Jahr?

Renke Brahms: Gefühlt ist es ein schlimmes Jahr, weil wir ganz viele Nachrichten von Konflikten und Kriegen erhalten, nach wie vor schlimme Bilder aus Syrien sehen. Jetzt auch wieder aus Südsudan und Jemen. Andererseits: Wenn man Studien wie dem Global Peace Index glaubt, ist es in vielen Ländern auch friedlicher geworden.

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Uni Hamburg zählte 31 Kriege, im Vorjahr waren es 32. Das ist eher Stagnation. Besteht dennoch ein Anlass zur Hoffnung?

Ich finde schon. Das Beispiel Kolumbien etwa zeigt: Frieden ist möglich, Versöhnung ist möglich. Der internationalen Gemeinschaft gelingt es auch immer wieder, Entwicklungen voranzutreiben. Über viele Jahre ist es etwa gelungen, die Zahl der hungernden Menschen zu senken. Leider steigt sie nun gerade wieder durch die Kriege und Konflikte. Es hält sich insgesamt die Waage zwischen Hoffnung und Entwicklungen, die leider in die falsche Richtung gehen, etwa bei der Rüstung.



Führen denn Hunger und Armut zu Kriegen oder sind sie eher deren Folge?

Auf jeden Fall gibt es einen sehr engen Zusammenhang. Wir bemerken heute, wie Konflikte auch mit der Bewahrung der Schöpfung zusammenhängen – etwa, wenn es um Wasser geht. Langfristig ist die Bekämpfung von Ungerechtigkeit, Hunger und Armut sicher die beste Vorbeugung gegen kriegerische Konflikte.

Täuscht der Eindruck, dass die meisten Kriege und Konflikte religiös grundiert sind, insbesondere in der muslimischen Welt?

Ich glaube, es gibt immer eine Ambivalenz, wenn es um Religionen geht. In den meisten Fällen geht es am Ende aber nicht um religiöse Konflikte, sondern um politische Vorherrschaft. Religion wird dann missbraucht. Syrien etwa ist ein typisches Beispiel für innerstaatliche Konflikte, in die sich dann religiöse Gruppierungen und andere Staaten bis hin zu den Weltmächten einmischen. Da werden gleich mehrere Stellvertreterkriege geführt: auf lokaler, auf regionaler und auf globaler Ebene.

„Gewaltsame Konflikte können mit militärischen Mitteln nicht gelöst werden“, haben Sie gesagt. Dabei wird doch dauernd das Gegenteil bewiesen, vom Zweiten Weltkrieg über die jugoslawischen Zerfallskriege bis nach Syrien und Irak.

Ich bin überzeugt, dass es letztlich keinen Konflikt gibt, der militärisch gelöst wird. Es gibt höchstens Situationen, in denen durch militärische Einsätze ein Raum geschaffen werden kann, in dem dann mit ganz anderen Mitteln ein Frieden entwickelt wird. Mir sagen ganz oft hohe Militärs: Unser Anteil bei einer Konfliktlösung sind vielleicht 20 Prozent – entscheidend sind Wiederaufbau ziviler und staatlicher Strukturen, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftsförderung. Gerade Afghanistan hat gelehrt, dass der Konflikt nicht militärisch zu lösen ist.

Wie könnte man denn den sogenannten Islamischen Staat, die Taliban, Boko Haram oder ähnliche Gruppierungen ohne militärische Mittel unschädlich machen?

Ich war im Juni auf der internationalen Konferenz des Außenministeriums zur Friedensverantwortung der Religionen. Alle Vertreter haben gesagt, eine der Wurzeln des Friedens ist der interreligiöse Dialog. Ein Imam aus Nigeria organisiert Gespräche mit Pastoren, um nicht Boko Haram und anderen die Deutungshoheit zu überlassen. So schützt man Menschen davor, deren Ideen nachzuhängen. Natürlich muss man Menschen vor akutem Terror schützen, aber das Grundlegende geschieht in solchen Prozessen.

Sie sprechen von Vorbeugung, aber jetzt sind diese Gruppierungen ja schon da, morden, foltern, entführen, vergewaltigen. Oft hat die Vorbeugung gar nicht stattgefunden.

Das ist das Problem. Man läuft auch schnell in eine sogenannte Verfügungsfalle: Welches Instrument haben wir? Wir haben das Militär, also setzen wir es ein. Aber entwickeln wir auch die anderen Instrumente entsprechend? Es gibt ja ein deutsches Zentrum für internationale Friedenseinsätze, oder den Zivilen Friedensdienst. Wir sollten mehr auf Prävention setzen, damit wir nicht dauernd Soldatinnen und Soldaten in Konflikte schicken müssen, in denen sie ihr Leben riskieren.

Gerade in Afghanistan hat man doch versucht, in den PRTs, den Provinz-Wiederaufbauteams, militärischen Schutz und zivilen Wiederaufbau zu kombinieren. Warum hat das denn nicht funktioniert?

Zunächst, weil man es eben über viele Jahre nicht gemacht hat. Und die Erfahrung mit Militäreinsätzen zeigt: Nach einer gewissen Zeit werden die Soldaten nicht mehr als Befreier, sondern als Besatzer empfunden. Wenn das erst einmal in der Bevölkerung breiter Konsens ist, kann man kaum noch den zivilen Aufbau von außen fördern. Man hat ja daraus gelernt: Der Mali-Einsatz etwa wird anders gedacht, da wird der zivile Aufbau von Beginn an viel stärker unterstützt.

Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sieht in US-Präsident Trump ein „sicherheitspolitisches Risiko für die Weltgemeinschaft“. Sie auch?

Leider ja. Wir erleben eine verbale Aufrüstung, eine verbale Eskalation. Er gießt Öl ins Feuer des Konflikts mit Nordkorea, und daraus entsteht militärische Aufrüstung. Das steigert natürlich die allgemeine Kriegsgefahr.

Nun sind Trumps treueste Anhänger fromme evangelische Christen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Es gibt eben diese Bewegung sehr konservativer Christen. Die denken auch theologisch leider sehr provinziell, fokussieren sehr stark auf die USA. Ich kann das nicht nachvollziehen: Wir haben in Deutschland doch eher eine kritische Solidarität mit dem Staat. Das tut unserer Gesellschaft auch gut.

Aus der EKD gibt es immer wieder scharfe Kritik an deutschen Waffenexporten. Wäre es nicht ehrlicher, gleich die Abwicklung der deutschen Rüstungsindustrie zu fordern?

Ich sehe das realistisch. Es wird nicht alle Rüstung abgeschafft werden können. Aber was wir gerade erleben, ist leider eine Tendenz zur Aufrüstung, und das ist die falsche Richtung. Bei den Rüstungsexporten muss man besonders auf Kleinwaffen fokussieren, aber auch auf Exporte in Krisenregionen. Da müssen wir klarer und strenger werden, etwa durch ein Rüstungsexportgesetz, in dem es eine Begründungspflicht gibt. Das Parlament müsste beteiligt sein und nicht bloß im Nachhinein informiert werden.

Deutsche Patrouillenboote für Saudi-Arabien gehen also gar nicht?

Richtig. Es wurde ja immer argumentiert, die dienten den Saudis nur zur eigenen Grenz- und Küstensicherung. Jetzt merken wir: Solche Boote werden in einem Konflikt zur Blockade jemenitischer Häfen eingesetzt.

Sie sitzen im Beirat der evangelischen Seelsorge der Bundeswehr, haben aber auch eng mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung zusammengearbeitet. Wie bekommt man das unter einen Hut?

Das ist Absicht gewesen des Rates der EKD. Zu meinen Aufgaben gehört es eben, auch Gespräche von Menschen mit sehr unterschiedlicher Meinung zu arrangieren. Das ist nicht immer einfach.

Sie sind also eher Moderator?

Ja, aber einer mit einer eigenen Position. Ich sehe mich schon auch als Friedensstifter: Miteinander reden statt übereinander, das ist eines der Grundprinzipien von Frieden.

Würden Sie sich als Pazifisten bezeichnen?

Ich bezeichne mich als Verantwortungspazifisten. Ich sehe mich der Grundausrichtung verpflichtet, Gewaltfreiheit und Prävention den Vorrang einzuräumen. Ja, Frieden ist möglich auf diesem Wege. Die evangelische Kirche sagt eben auch: Trotzdem kann es Ausnahmesituationen geben, in denen es nicht ganz ohne den Einsatz völkerrechtlich legitimer Ordnungsgewalt geht, um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen.

Im Lutherjahr haben Sie sich auch kritisch zum „Augsburger Bekenntnis“ von Luthers Mitstreiter Philipp Melanchthon geäußert. Es berechtigt christlich legitimierte Regierungen, „gerechte Kriege“ zu führen. Gibt es die überhaupt?

Nein, nicht mehr.

Das widerspricht doch dem, was Sie eben gesagt haben.

Nein, es gibt keinen gerechten Krieg – es gibt nur einen gerechten Frieden. Aber es gibt laut UN-Charta im Ausnahmefall völkerrechtlich legitimierte Krieg, wie zum Beispiel gegen verbrecherische Diktaturen. In der christlichen Ethik spitzen wir das noch einmal zu und sagen: Alle anderen Mittel müssen ausgeschöpft sein. Im Licht und im Schatten der beiden Weltkriege hat der Ökumenische Rat 1948 gesagt: Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Das meint: Eine religiöse Legitimierung kann es nicht geben.

Ist es ein Staat seinen Bürgern aber nicht geradezu schuldig, sich gegen Angriff und Eroberung militärisch zu wehren?

Schon Luther hat jeglichen Krieg in Namen Gottes, also auch Kreuzzüge, kategorisch abgelehnt. Aber den Verteidigungskrieg hat er legitimiert. Natürlich ist es legitim, das eigene Land, die eigene Bevölkerung zu schützen und sich gegen Gewalt zu wehren. Aber wohin verlegen wir die Verteidigung heutzutage?

Dass Deutschlands Freiheit auch am Hindukusch verteidigt wird, ist also ...

Anmaßung, Selbstüberschätzung.

Deutschland ist eingebunden in kollektive Bündnissysteme: die Nato und nun auch die europäische Pesco. Ist das aus christlicher Sicht gut so? Oder wäre Neutralität à la Schweden, Schweiz, Österreich nicht besser?

Manchmal bremst Bündnispolitik uns aus. Nehmen Sie das Beispiel Atomwaffen-Verbotsvertrag: Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, dass Deutschland wenigstens als Gast an den Verhandlungen teilnimmt. Leider vergebens. Nun haben wir die Situation, dass 122 Staaten die Ächtung von Atomwaffen unterzeichnet haben, nur die Atommächte, darunter Deutschland und sein Verbündeten, ignorieren das einfach. Von der Bundesregierung hätte ich mir hier eine viel aktivere Rolle gewünscht. Es gab ja mal einen Koalitionsvertrag, in dem der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland stand...

...und das war ein schwarz-gelber Vertrag.

Genau, das war Guido Westerwelles Ziel. Es muss jetzt wieder Bewegung in diese Frage kommen. Deshalb finde ich es großartig, dass Ican (Internationale Kampagne für ein Atomwaffenverbot) den Friedensnobelpreis bekommen hat. Wir haben die Ächtung doch auch bei den B- und C-Waffen geschafft, auch wenn wir leider immer noch Verstöße registrieren müssen.

Wie sollte eine verantwortungsvolle deutsche Außenpolitik darauf reagieren, wenn in Europa Grenzen wieder gewaltsam verändert werden, etwa durch Russland in der Ukraine?

Zunächst: Ohne den Prozess der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wäre dieser Konflikt sicher eskaliert. Das muss man sich immer wieder klar machen, dass es auch friedenspolitische Erfolge in Europa gegeben hat. Trotzdem kann man die gewaltsame Veränderung der Grenzen natürlich nicht akzeptieren, aber es gibt auch keine militärische Lösung. Es gibt keine Alternative zu Gesprächen mit Russland.

Der Mix aus Sanktionen und Gesprächsbereitschaft stimmt?

Ich glaube schon.

Haben Sie Verständnis dafür, dass sich Polen und Balten über die zusätzliche Stationierung von US-Truppen freuen?

Ja, das kann ich nachvollziehen. Es gibt dort die Angst, dass über die russischen Minderheiten in diesen Ländern eine ähnliche Situation droht wie in der Ukraine. In der Ukraine gab es diese Konflikte aber bereits, die Anknüpfungspunkte für Russland waren also deutlich stärker. Und man muss sich immer fragen: Welche Signale geben wir mit einer Stationierung von US-Truppen gegenüber Russland?

Zu guter Letzt und zusammenfassend: Frieden ist möglich, wenn...

... wir anstatt in den militärischen Sektor mehr in die Vorbeugung, in gewaltfreie, diplomatische und zivile Mittel investieren – erheblich mehr als bisher. Und Frieden ist möglich, wenn wir die Hoffungsgeschichten vom gelingenden Frieden erzählen. Daran liegt mir gerade angesichts des Weihnachtsfestes und der Botschaft der Engel sehr viel: Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden. Der Frieden gehört zum Zentrum der Weihnachtsbotschaft.

Die Fragen stellte Joerg Helge Wagner.

Renke Brahms

ist seit Oktober 2008 Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland. Der 61-jährige Bremer Pastor ist zudem seit 2007 Schriftführer und damit Leitender Geistlicher der Bremischen Evangelischen Kirche. Brahms ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern.

---